

# Das Volk hat immer Recht!

*Die Menschen brauchen nicht mehr Informationen.  
Sie brauchen mehr Orientierung*

Ständerätin Brigitte Häberli

Nach jeder Volksabstimmung das selbe Lied: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger hätten eigentlich nicht gewusst, worum es gegangen sei. Ob bei der Massenzuwanderung, beim Energiegesetz oder unlängst bei der Selbstbestimmungs-Initiative: In fast allen wichtigen Fragen sei der Bürger „überfordert“ und die Komplexität der Vorlage „zu hoch“ gewesen. Würden wir uns vor den Polit-Analysten und Wahlforschern in den Staub werfen, müssten wir uns womöglich ein neues Volk suchen – eines, das die komplexen Regelwerke begreift anstatt simpel auf Facebook, Twitter oder im Internet unterwegs zu sein. Also die Bundesverfassung unter dem Arm statt Smartphones und Tablets vor dem Gesicht. Das Geschäftsmodell unserer Politikberater und Funktionären in den Teppichetagen von Parteien und Organisationen lautet denn auch nicht überraschend: informieren, informieren, informieren!

## Gutes Gespür für wichtige Fragen

Haben wir – und haben die Bürger – zuwenig Informationen, um sich über einen Sachverhalt eine „kompetente“ Meinung bilden zu können? Oder, drastisch formuliert, sind zwei Drittel der Bürger „zu bequem“ oder gar „zu faul“, um sich vertieft in ein Thema einzulassen? Weder noch. Unsere Bürger haben ein gutes Gespür dafür, was um sie herum vorgeht. Aber anstatt auf juristische oder wissenschaftliche Spitzfindigkeiten verlassen sie sich auf ihr Gefühl. Und das führt in der Regel nicht zu schlechteren Entscheiden als die zuweilen abgehobenen Debatten von Politikern und Interessenvertretern vor laufenden Kameras und offenen Mikrofonen. Zumal dann nicht, wenn diese Volksvertreter von den Vorlagen in ihrem Alltag persönlich nicht betroffen sind. Anders bei den Bürgern. Sie brauchen für ihren Entscheid nicht noch mehr Fakten und Informationen, wohl aber mehr Orientierung. Für die alleinerziehende Mutter, die frühmorgens ihr Kind in die Kita bringt, um dann zur Arbeit zu gehen und am Ende des Monats Miete und Krankenkassenprämien bezahlen zu können, schaut der Lebensentwurf womöglich anders aus als

beim gut situierten Kadermitarbeiter oder Beamten. Unsere durchregulierte Vollkasko-Gesellschaft verdrängt derweil das Schicksalshafte und erachtet Haltung und Demut als Tugenden, die „ineffizient“ sind und somit abgeschafft gehören. Spätestens an diesem Punkt wird Selbstgerechtigkeit zur schlimmsten Form von Arroganz – nämlich zur Ignoranz dessen, was wir das „normale Leben“ nennen.

### Wahlen werfen Licht und Schatten voraus

Politik macht man für die Menschen, nicht für die Hängeregister und Bundesordner. Daran erinnern sich zu viele Politiker erst beim näher rückenden Wahltermin. Dann packen sie ihr Selbstbildnis in griffige Slogans, die ihnen ihre Werber aufs Auge drücken. Die staunenden Wählerinnen und Wähler nehmen zur Kenntnis, dass Frau „X“ oder Herr „Y“ vor allem „kompetent“, zuweilen „verlässlich“ oder wenigstens „durchsetzungsstark“ sei. Sie setzen sich ein „für den Kanton“ oder „für die Wirtschaft“ – wen oder was sie auch immer darunter verstehen. Wahlwerbung ist offenbar geduldig. Aber sind es die Wählerinnen und Wähler auch? Spätestens in diesem Herbst werden sich die Kühe auf den grünen Wiesen wieder in der Gesellschaft von hunderten plakatierten Kandidatinnen und Kandidaten wiederfinden. Deren Konterfeis hängen auch an Kandelabern, stehen in Vorgärten und auf Trottoirs oder prangen in den Zeitungen. Doch der Erinnerungswert ist durchzogen. Was hingegen haften bleibt, sind persönliche Begegnungen mit Politikern, ist das Wissen darum, wofür sie stehen und wo sie persönlich betroffen sind.

### Vorurteile sind praktisch und „effizient“

Eine Betroffenheit, die sich immer weniger in ein Links-Rechts-Schema einordnen lässt, auch wenn uns dies die Politologen und Medien mit Rankings aller Art weis machen wollen. Was ist links? Ich habe in Wirtschaftsetagen schon mehr soziale Verantwortung gespürt, als bei vielen linken Politikern. Und was ist rechts? Ich habe bei Sozialpartnern schon mehr Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge angetroffen, als bei wirtschaftsliberalen Politikern. Also verabschieden wir uns lieber heute als erst morgen von oberflächlichen Zuweisungen und Vorurteilen. Etwa, dass alle Landwirte ausschliesslich „Subventionsempfänger“ oder die Grünen eine reine „Verbots-Partei“ seien. Spüren wir bei den Kandidatinnen und Kandidaten den aus der Mode geratenen Begriffen wie „Haltung“ und „Zivilcourage“ nach und weniger der Frage, welches Parteiprogramm

sie haben. Und bleiben wir misstrauisch gegenüber jenen Zeitgenossen, die stets das „sowohl als auch“ betonen, um eine klare Haltung zu umschiffen. Übertragen aufs Unternehmertum entspräche dies einem „Jein“-Entscheid: Wetten, dass ein solcher ziemlich übel in die nächste Erfolgsrechnung einschlagen würde?

#### Auch „Nicht-Entscheide“ hinterlassen Spuren

Entscheide hinterlassen stets Spuren. Das tun aber auch Nicht-Entscheide. Dass sich Unternehmerinnen und Unternehmer zu wenig politisch engagieren, ist eine bedauernswerte Tatsache und bei näherem Hinschauen ein klarer „Nicht-Entscheid“, verbunden mit dem sattsam bekannten Schulterzucken, wonach man seine Zeit fürs Unternehmen statt für die Politik verwenden wolle. Das freie Unternehmertum erscheint also erfolgsversprechender als ein politisches Mandat unter der Fuchtel von Fraktionszwängen und endlosen Debatten in Kommissionen und Parlamenten. Was sich aber bei oberflächlicher Betrachtung als „ineffizient“ oder „Zeitverschwendung“ offenbart, stellt sich in der politischen Realität deutlich anders dar: Die Wegmarken für eine wirtschaftsnahe Politik werden in den Kommissionen gesetzt, die Lösungen auch im persönlichen Gespräch in der Wandelhalle umrissen und die Kompromisse im Parlament festgezurrt. Und an allen persönlichen Berührungspunkten treffen Fakten auf Haltungen – und Informationen auf Emotionen. Genau hier wird die Erfahrung von Wirtschaftsführern und Unternehmern gebraucht. Denn am Schluss wird der Bürger über nichts weniger als den Fortschritt oder den Rückschritt dieses Landes entscheiden. Also, nicht vergessen: Das Volk hat immer recht!